

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 10

Artikel: 1:12 globalisieren : zur Abstimmung über die 1:12-Initiative für
gerechtere Löhne
Autor: Hui, Matthias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390468>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Matthias Hui

1:12 globalisieren

Zur Abstimmung über die
1:12-Initiative für gerechtere Löhne

In Kambodscha beträgt der gesetzliche Mindestlohn 58 Franken pro Monat. Die *Clean Clothes Campaign* erinnert an das Arbeits- und Menschenrecht auf einen existenzsichernden Lohn, der ein Leben in Würde ermöglicht. Viele ArbeiterInnen in Kambodscha können sich und ihre Familien nicht gesund ernähren und haben zu wenig Geld für ihre medizinische Versorgung. Sie leisten unzählige Überstunden, manche werden krank. Täglich fallen an ihren Arbeitsplätzen Menschen in Ohnmacht. Entwicklungspolitische Organisationen verlangen nun die Erhöhung des Mindestlohns um das Zweieinhalbfache. Das Verhältnis zu hiesigen Tiefflöhnen entspräche dann etwa 1:25. Die Textilarbeiterin von H&M (Hungry & Malnourished wird die Firma auf Kampagnenpostern genannt) würde dann 500 oder 1000 Mal weniger verdienen als ihr CEO. Was ist unser eigenes (Lohn-)Verhältnis zu jenen Frauen und Männern, die unsere Hose geschneidert und unser Hemd genäht haben?

Globale Lohnungleichheiten auf immer stärker globalisierten und entgrenzten Märkten verunmöglichen Beziehungen auf Augenhöhe. Damit hat auch die Erfahrung der GriechInnen und der Deutschen innerhalb eines Wirtschaftsraums zu tun. Lohnungleichheiten belasten die Umwelt, offensichtlich wird das etwa mit den Warenströmen der von billigen Arbeitskräften in Asien hergestellten Güter in Richtung Westen. Und das Lohngefälle setzt Menschen in Bewegung, über das Mittelmeer, über den Rio Grande, oder Heerscharen von asiatischen Hausangestellten über den indischen Ozean. Der komparative Vorteil der Billiglöhnländer stösst an Grenzen, Menschen überwinden sie unter grossen Opfern.

Lohnscheren schliessen

Faire und transparente Lohnverhältnisse – so meine persönliche Erfahrung und Überzeugung – sind eine entscheidende Grundlage für eine echte Ent-

wicklungszusammenarbeit zwischen auswärtigen und einheimischen «PartnerInnen» in Ländern des Südens. Die oft krassen und tabuisierten Lohnungleichheiten werden zum Machtfaktor und Grund für das Scheitern so mancher «Kooperation». Andererseits habe ich habe vor Jahren beim cfd erlebt, wie diese NGO damals mit dem Lohnverhältnis 1:1 aller Angestellten arbeitete und damit auch in ihrem Umfeld Haltung bewies. Später arbeitete ich bei einer Kirche, wo 1:4 bereits als grosse Lohnschere empfunden wurde. Gleichzeitig musste man sich bei einer Kirche, die sich stark in der weltweiten Ökumene verankert, die Frage stellen, wie denn die himmelweiten Unterschiede von Pfarrerlöhnen zwischen hier und Sambia oder nur schon zwischen Bern und Neuchâtel eigentlich theologisch gerechtfertigt werden. Und nun bin ich bei dieser Zeitschrift tätig, die sich bei der Entlohnung an der Wochenzeitung WOZ ausrichtet, welche einen Einheitslohn bezahlt. Wieso im Zeichen der Globalisierung nicht eine ökonomische Theorie entwerfen, eine Utopie formulieren – 1:1 für alle, oder dann eben 1:5, wenn's sein soll 1:12? Aber global.

1:12. Die vier Schriftzeichen prangen neben aufgestapelten Hamburgern auf Plakaten. Sie flattern auf roten Balkon-

fahnen. 1:12 wird breit kommentiert und zeigt grösstmögliche Wirkung schon vor dem Abstimmungsergebnis. An diesem Zahlenverhältnis machen Menschen ihre Empörung fest über wachsende Ungleichheiten und ihre Hoffnung, dass mehr Gerechtigkeit möglich wäre. Der Quotient vermittelt die Botschaft in einem Satz: Niemand soll in einem Jahr weniger verdienen als der bestbezahlte Manager im gleichen Unternehmen in einem Monat. Das «radikal-pragmatische Projekt» (Tanja Walliser und Cédric Wermuth in: JUSO+Denknetz, Lohnverteilung und 1:12-Initiative) macht Mut. Deshalb ist es für die NZZ «Indiz einer besorgniserregenden Tendenz» (24.8.13) und «brandgefährlich» (14.9.13).

Spitzenlöhne nicht zu begründen

Wo stehen die Kirchen? Geäussert hat sich der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK. Er hat anlässlich der Abzocker-Initiative und bereits auch im Blick auf die 1:12-Debatte festgehalten: «Lohn und Leistung müssen in einem nachvollziehbaren Verhältnis zueinander stehen. Aber auch der Bedarf zählt: Ein Leben in Würde steht allen Menschen zu und soziale Verpflichtungen (in der Familie) müssen beim Lohn berücksichtigt werden. «Gott schafft Recht den Witwen und Waisen» (5. Mose 10,18), heisst es an vielen Stellen der Bibel. Die heute praktizierten Spitzenlöhne sind mit Leistungsgerechtigkeit nicht zu begründen. Es ist kaum möglich, betriebliche Erfolge einzelnen Spitzenmanagern zuzuschreiben, schon gar nicht bei börsenkotierten Unternehmen und ihren spekulativen Gewinnen und Verlusten. (...) Zwar fallen einzelne sehr hohe Spitzenlöhne bei der gesamten Lohnmasse wenig ins Gewicht, aber sie fördern eine beunruhigende Tendenz: die «soziale Schere» öffnet sich immer weiter, Gleichgültigkeit gegenüber Schwächeren nimmt zu und die Bedarfsgerechtigkeit für Geringverdienende ist immer weniger garantiert.» (SEK, Spit-

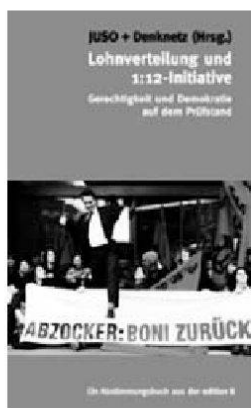
zenlöhne: Freiheit oder Provokation?, Bern 2013)

Nach dieser klaren Argumentation wird die Haltung allerdings ein Stück beliebig: «Aus Sicht des Kirchenbundes ist das rechte Mass für angemessene Vergütungen dann erfüllt, wenn die Lohnspannen von Werten abgeleitet sind, wie sie traditionellerweise in vielen Industrieländern bis zu den 1980er Jahren zu beobachten waren. Die Lohnspannen zu dieser Zeit waren vergleichsweise moderat und wurden nicht als Gefahr für den sozialen Frieden angesehen. (...) Werden Löhne exponierter Manager und Verwaltungsräte betrachtet, scheint als abgeleiteter, ungefährer Richtwert die Lohnspanne von maximal 1 zu 40 vertretbar zu sein.» Ob das eine Aussage für oder gegen die 1:12-Initiative ist, bleibt im pastoralen Nebel. Die Grösse 1:40 stammt aus einer früheren Studie des SEK (Faire Spitzenlöhne? Für mehr Masshaltung und Mitbestimmung, 2007), mit welcher er immerhin in Anspruch nehmen kann, früh einen substantiellen Beitrag zur Lohndebatte geleistet zu haben. Die Studie schloss mit der Einsicht, dass aus Gründen des sozialen Zusammenhalts und der Menschenwürde nun eine Auseinandersetzung mit der Frage des Mindestlohnes angezeigt sei. Auf die Position zur unterdessen real vorhandenen Initiative darf man gespannt sein.

Das Hohelied des Eigennutzes

Im NZZ-Wirtschaftsteil blasen orthodoxe Hohepriester zum Halali, wie sie es sich in den letzten Krisenjahren kaum mehr trauten. NZZ-Redaktor Sergio Aiolfi schreibt am 24. August 2013: «Die Protagonisten der 1:12-Initiative, über welche die Stimmbürger im Herbst befinden werden, streben einen schweren Eingriff ins ordnungspolitische Gefüge der Marktwirtschaft an. Geht es nach den Jungsozialisten, soll die Vertragsfreiheit, Basis jedes freiheitlichen Systems, drastisch eingeschränkt werden.»

Aiolfi singt das Hohelied des Eigen-



JUSO+Denknetz (Hrsg.), Lohnverteilung und 1:12-Initiative. Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand, edition 8, Zürich 2013.

nutzes. Er will nicht nur verhindern, dass der Staat den Unternehmen Schranken setzt, sondern bekämpft auch den Opportunismus der Wirtschaft selber, sich im Gegenwind ein soziales Mäntelchen anzuziehen: «Dass das Verfolgen von Eigennutzen nichts Verwerfliches ist, sondern im Gegenteil die Wohlfahrt erhöht, hat 1776 bereits Adam Smith in *«The Wealth of Nations»* festgestellt: «Es ist nicht das Wohlwollen des Metzgers, des Bauers oder des Bäckers, das uns unser Abendessen erwarten lässt, sondern dass sie nach ihrem eigenen Vorteil trachten.» Wünschbar wäre, Nestlé und all die anderen Verfasser von *«Corporate Social Responsibility-Berichten»* würden ihre Aktivitäten nicht unter dem Titel *«soziales Engagement»* präsentieren, sondern als produktive Geschäfte, die sie zum eigenen Vorteil betreiben. In Smiths Lesart ist das die Grundlage allen gesellschaftlichen Nutzens. (...) Die Erwartung wird geweckt, Unternehmen hätten sich, um gesellschaftlich wertvoll zu sein, primär an gesellschaftlichen, nicht an kommerziellen Zielen zu orientieren. Und je mehr sich die Unternehmen selber als gemeinnützige Wohltäter darstellen, desto mehr leisten sie dem Gestaltungs- und Mitsprache-Wunsch der Politik Vorschub.»

Ökonomie als Theologie

So tönt der Glaube an die reine Marktwirtschaft, eine von ÖkonomInnen entfaltete Theologie. Das Antasten des Primates der Ökonomie über die Politik, über die Menschenrechte, über die Demokratie, über die Menschen, und damit auch über die Armen und Schwachen, scheint eine Todsünde zu sein. Gemeinwohl und Solidarität als Ausgangspunkt zu sehen, kommt einer Häresie gleich. «Der Markt als sakrale Instanz wird zum Richter und Henker», wie Franz Hinkelammert, Ökonom und Befreiungstheologe aus Costa Rica, im September im RomeroHaus Luzern sagte. «Kapitalismus als Religion» (Walter Benjamin)

könne nur mit einer sehr grundsätzlichen Kapitalismuskritik, die gleichzeitig theologisch reflektierte Religionskritik sein muss, begegnet werden: «Der Kapitalismus ist die Zelebrierung eines Kultes *sans rêve et sans merci.*» (Walter Benjamin)

Hinkelammert geht es um die Menschenwürde und jener der Natur, er bezieht sich auf Karl Marx: «Die Kritik der Religion (und somit für ihn auch des Kapitalismus, M.H.) endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.» (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, MEW 1, S. 385)

Lachen und staunen

Der Bezug auf Marx ist an dieser Stelle keine Überraschung. Dass aber mit Franz Hinkelammert kürzlich in Luzern ein katholischer Befreiungstheologe lachend und staunend Päpstliches zitiert, schon eher: «Denn die Hauptursache der Finanz- und Wirtschaftskrise liegt in einer tiefen anthropologischen Krise: Man verweigert dem Menschen den Primat. Wir haben neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des Goldenen Kalbes aus der Antike (vgl. Ex 32, 15–34) hat ein neues und herzloses Bild im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur der Wirtschaft ohne menschliches Antlitz und ohne echte menschliche Zielsetzung gefunden.» (Papst Franziskus in einer Rede an Botschafter im Vatikan, 16. Mai 2013)

Es ist ein Ereignis an sich, ein Glücksfall, dass die 1:12-Initiative solche Debatten bei uns auslöst oder ermöglicht. Wir brauchen mehr davon. ●



Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (Hrsg.), Spitzenlöhne: Freiheit oder Provokation?, Bern 2013.